

Vergleich des
„Strategiepapiers der
SPD-Landtagsfraktion 2005 - 2008“
mit dem ursprünglichen „Gabriel-Papier“

David McAllister MdL
Fraktionsvorsitzender

19. November 2004

Ende Oktober 2004 hatte der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion einen Paradigmenwechsel in der Oppositionspolitik angekündigt. Man sei zwar noch keine Regierungsalternative, man wolle jedoch bald wieder eine solche werden.

Untermauern wollte der SPD-Fraktionsvorsitzende die neue - vermeintlich konstruktive - Rolle der SPD-Landtagsopposition mit einem Diskussionspapier, das am 25. Oktober 2004 bekannt wurde. Nach kurzer Zeit stellte sich jedoch heraus, daß viele seiner Überlegungen der eigenen Fraktion nur schwer zu vermitteln waren.

Nach der Klausurtagung der SPD-Landtagsfraktion in Göttingen liegt jetzt das „Strategiepapier der SPD-Landtagsfraktion 2005 - 2008“ vor.

Was ist noch übrig geblieben vom angekündigten Paradigmenwechsel ?

Hat sich S. Gabriel mit seinen Ideen gegen die eigene Landtagsfraktion durchsetzen können?

Im folgenden unternehmen wir einen ersten Vergleich der wesentlichen Abweichungen des vorgelegten „Strategiepapiers der SPD-Landtagsfraktion 2005 - 2008“ vom ursprünglichen „Gabriel-Papier“.

Deckungsvorschläge



Nach der Göttinger Klausurtagung erkennt die SPD-Fraktion Einsparpotentiale im Landeshaushalt im Umfang von 102,7 Mio. € (**vorher im Gabriel-Papier: 76,5 Mio. €**). Anscheinend war das von Gabriel ausgerechnete vermeintliche Einsparvolumen der SPD-Gesamtfraktion zu gering, so daß ein Aufwuchs konstruiert werden mußte. Dieser besteht aus nicht unterlegten Einmaleffekten: Moratorium für den Erwerb von EDV-Geräten 23 Mio. €, Aussetzen der EDV-Ausbildung 5 Mio. € sowie zusätzliche Vermögensaktivierung 6,5 Mio. €. Darüber hinaus Beihilfekürzungen 40 Mio. €.

Zu den Vermögensaktivierungen, die Gabriel bei der Landesregierung stets kritisiert, hat er in der Pressekonferenz am 16.11.2004 bereits zugegeben, daß er keine Vorstellungen hat, ob und inwieweit sich diese verwirklichen lassen. Im Einsparvolumen enthalten ist darüber hinaus die Reduzierung der Beihilfe auf das Niveau der gesetzlichen Krankenversicherung (40 Mio. €).

***Bewertung:** Diese Einsparung ist nicht veranschlagungsreif, weil bisher jede gesetzliche oder rechtliche Regelung dazu fehlt. Diese läßt sich nur im Wege einer zukünftigen Bundesratsinitiative erreichen, wobei die Zustimmung der Länder noch ungewiß ist.*

Der Vorschlag der SPD-Fraktion zum Subventionsabbau (100,7 Mio. €) ginge im wesentlichen zu Lasten der Eigenheimzulage, der Entfernungspauschale und der Landwirtschaft (Umsatzsteuererhöhungen rund 30 Mio. €).

Bewertung: die auf Bundesebene mit Zustimmung der CDU abgesenkte Eigenheimzulage läuft über einen Zeitraum von 8 Jahren (Altfälle !).

Zitat Gabriels zur Diskussion um die Streichung der Entfernungspauschale (BILD 11.03.2004): „Darauf kann nur einer kommen, der in der Stadt wohnt. Wer auf dem Land lebt und mit dem Auto zur Arbeit fahren muß, weiß, daß ein Arbeitnehmer sich das nicht leisten kann“)

1. Investitionen



Nach der Göttinger Klausurtagung will die SPD-Fraktion die Investitionen des Landes nur noch um 18 Mio. € erhöhen (**statt vorher im Gabriel-Papier um 35 Mio. €**).

Die Städtebauförderung soll erhöht und bei der Landestreuhandstelle weiter geführt werden.

***Bewertung:** Trotz ständiger Kritik an der Landesregierung (Schattenhaushalt) hat damit die SPD-Landtagsfraktion die Umstellung auf die Landestreuhandstelle anscheinend sanktioniert.*

Entfallen ist die Rücknahme der Kürzungen bei der Bauunterhaltung von 18 Mio. €. Die Investitionen des Landes betragen ausweislich der Mittelfristigen Finanzplanung über 1,5 Mrd. €.

2. Personal- und Versorgungsausgaben

Nach der Göttinger Klausurtagung äußert die SPD-Fraktion nur noch abgeschwächte Kritik an den Maßnahmen der Landesregierung zur Begrenzung der Pensionslasten (**bisherige Formulierung im Gabriel-Papier: „Kein Ansatz zur Eingrenzung der Pensionslasten“**). Neue Formulierung: „Keine ausreichende Strategie“).

Nun wird nur noch die abgeschwächte Forderung nach verstärkter Einstellung von Angestellten statt von Beamten aufgestellt (**bisherige Formulierung im Gabriel-Papier: „Neueinstellungen ausschließlich in sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen“**). Jetzt: „Neueinstellungen grundsätzlich in ...“).

Die Forderungen nach einer Überprüfung der Zuständigkeiten, Mitbestimmungsrechte und Freistellungsregelungen des Niedersächsischen Personalvertretungsgesetzes sind entfallen.

Bei der geforderten Kompensationslösung für die Streichung des Weihnachtsgeldes wird deutlich zurückgerudert. **Gefordert war bisher im Gabriel-Papier eine Halbierung der Kürzung mit einem Mehrbedarf von 130 Mio. €**. Nach der Göttinger Klausurtagung will die SPD-Landtagsfraktion nur noch für die unteren Einkommensgruppen 50 Mio. € zur Verfügung stellen.

Neu ist nach der Göttinger Klausurtagung die Forderung nach einem Beförderungsstopp und einer konsequenten Einhaltung des Einstellungstopps.



***Bewertung:** Das widerspricht allerdings diametral der in der Vergangenheit ständig geäußerten Kritik Gabriels an den Sonderbelastungen für Beamte. Erst recht läuft es der Einstellungspolitik des früheren Ministerpräsidenten Gabriel zuwider. Konkrete Zahlen werden nicht genannt. Außerdem stimmte die SPD bislang jeder Beförderung im Landtagsausschuß für Haushalt und Finanzen zu.*

3. Bildungs- und Familienpolitik

Der im Gabriel-Papier erwähnte gesamte Bereich der Prüfung von Anrechnungs- und Ermäßigungsstunden für Lehrkräfte, Altersermäßigungen, Altersteilzeit und Neubewertung von Unterrichtsbelastungen ist entfallen. Dafür wird jetzt nach der Göttinger Klausurtagung eine Projektgruppe eingerichtet, die alle Finanzierungsmöglichkeiten überprüfen soll.

Gegenüber dem Gabriel-Papier deutlich abgeschwächt wurden die konkreten Ziele, das Angebot an Ganztagschulen in Niedersachsen mit dem notwendigen Personal deutlich zu erhöhen, ausreichend Stellen für pädagogisches Assistenzpersonal an 3.600 niedersächsischen Schulen auszubringen und flächendeckend pädagogische Frühförderzentren in den 38 Landkreisen der Region Hannover, kreisfreien Städten, großen selbständigen und 55 selbständigen Städten einzurichten.

Nach der Göttinger Klausurtagung fordert die SPD-Fraktion jetzt nur noch Maßnahmen zur Schaffung einer kinder- und familienfreundlichen Betreuungsstruktur, unter anderem mit Ganztagschulen. Für Kindertagesstätten in sozialen Brennpunkten soll verstärkt pädagogisches Personal zur Verfügung gestellt und durch den deutlichen Ausbau der pädagogischen u. psychologischen Assistenz soll die Eigenverantwortlichkeit u. Selbständigkeit der Schulen unter starker Mitverantwortung u. Mitbestimmung der Eltern gestärkt werden.

Die Erwachsenenbildung sollte laut Formulierung im Gabriel-Papier an den

Durchschnitt aller Bundesländer angepaßt werden. Nach neuer Formulierung wird zwar die „qualitative Spitzenposition“ der niedersächsischen Erwachsenenbildung betont. Gleichwohl wird vor dem Hintergrund schwieriger finanzieller Rahmenbedingungen eine Konzentration der Mittel auf besondere Bildungsinhalte (zweiter Bildungsweg, politische Bildung und Integrationskurse) gefordert.



Neu ist nach der Göttinger Klausurtagung die Forderung nach Investitionen bei Bildung und Wissenschaft in den Jahren 2006 bis 2008, jährlich aufwachsend bis zu 50 Mio. € aus dem Abbau von Subventionen. Zusätzlich z. B. für Ganztagschulen, „die diesem Namen gerecht werden sollen“ und auch mit Personal ausgestattet sind sowie für die Frühförderung und Betreuung in Kindergärten und Grundschulen.

In der Familien- und Bildungspolitik wurde bisher im Gabriel-Papier mit dem dritten Kindergartenjahr eine kostenfreie pädagogische Frühförderung in der Zusammenarbeit zwischen Kindergarten und Grundschule oder der Einschulung im 5. Lebensjahr gefordert. Jetzt soll es zwischen Kindergarten und Grundschule nur noch „einen fließenden Übergang zur möglichst frühen Einschulung, wenn möglich bereits im 5. Lebensjahr“, geben.

Die im „Gabriel-Papier“ ursprünglich aufgestellte Forderung nach dem „Aufbau gemeinsamer Schulstrukturen bis zum 10. Schuljahr“ ist entfallen. Jetzt heißt es: „Mit einer längeren gemeinsamen Schulzeit für alle Kinder.“

4. Kommunale Finanzen, Kommunalpolitik

An der Einrichtung eines Stabilitätsfonds in einem Sondervermögen des Landes für die niedersächsischen Kommunen zum Ausgleich der Einnahmeschwankungen aus dem kommunalen Finanzausgleich wird festgehalten. Auch die Tilgung soll wie bisher nicht aus dem Landeshaushalt, sondern aus Steigerungen der Steuerverbundmasse erfolgen.

Neu: „Deshalb (!) handelt es sich jetzt nicht mehr um einen klassischen (!) Schattenhaushalt oder eine verdeckte Erhöhung der Nettokreditaufnahme“ (?).

Bewertung: *Anscheinend will man sich mit dieser Formulierung trotz der ständigen Kritik an der Landesregierung für die eigenen Vorschläge weniger angreifbar machen.*

Entfallen ist die ursprünglich von Gabriel Forderung für ein Konversionsprogramm für die von der Schließung der Bundeswehrstandorte betroffenen Kommunen in Höhe von 12,8 Mio. €.



Neu ist nach der Göttinger Klausurtagung die Forderung, in der Kommunalpolitik nach einer „vernünftigen“ Finanzausstattung der kommunalen Ebene zu suchen.

Die im Gabriel-Papier angemahnte Förderung der „Bereitschaft zu weiteren Funktional- und Gebietsreformen“ ist entfallen. Jetzt sollen „die dringend erforderlichen Funktional- und Gebietsreformen (lediglich) noch vorangebracht werden.“

Die Rücknahme des Eingriffs in den KFA mit 150 Mio. € soll über Subventionsabbau in Berlin gegenfinanziert werden (ohne gesetzliche/rechtliche Grundlage).

***Bewertung:** Gerade hier ist keine neue Solidität der sozialdemokratischen Finanzierungsvorschläge und die viel beschworene Verlässlichkeit der SPD gegenüber den Kommunen zu erkennen. Einerseits warnt die SPD davor, daß die Landesregierung die Kommunen in die Kreisreform treibe, andererseits fordert sie dies unter Hinweis auf Professor Hesse. Das paßt nicht zusammen.*

5. Wirtschaft

Die im Gabriel-Papier aufgestellte Forderung nach einem Aufbau von Regionalfonds in der N-Bank des Landes ist entfallen. Jetzt wird eine „gezielte Schwerpunktbildung in den Zukunftsregionen“ gefordert.

Neu ist nach der Göttinger-Klausurtagung die Forderung der SPD nach einer letztmaligen Bewilligung der EU-Wettbewerbshilfe für den Schiffbau in Niedersachsen (Haushaltsansatz 16,0 Mio. €).

6. Wissenschaft und Forschung

Die ursprüngliche Forderung Gabriels nach einer Anpassung der Kulturförderung für die niedersächsischen Staatstheater ist entfallen.

Die bisherige Forderung in der Wirtschaftspolitik nach einer „Clusterbildung in Wissenschafts- und Forschungszentren“



wird erweitert mit einer „Verknüpfung mit Maßnahmen zur Förderung wirtschaftlicher Ausgründungen aus den Hochschulen“.

Neu ist ein ausdrücklicher politischer Schwerpunkt in der Hochschulpolitik. Durch verstärkte Investitionen in Forschung und Lehre (Umschichtung der Eigenheimzulage), durch Stärkung von Fachhochschulen durch konsequenten Ausbau von Hochschulautonomie und Profilbildung sowie durch weitere Öffnung der Hochschulen für qualifizierte und hochqualifizierte Beschäftigte will die SPD-Landtagsfraktion neue Akzente setzen.